

Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen – für einen gerechten Handel

Veranstaltung „Trump und die EU: Strafzölle, Handelskrieg oder neues TTIP?“ am 27.3.2019 im Theater am Weingarten, Minden.

Bericht

Der Referent Jürgen Maier, Geschäftsführer des Forum für Umwelt und Entwicklung, Berlin stellte eingangs fest, dass der Welthandel von dem Protektionismus der Vergangenheit weit entfernt sei. Die bisherigen Strafzölle der USA auf Stahl und Aluminium seien wegen des geringen Handelsvolumens zu vernachlässigen. Die angekündigten Kfz-Zölle in Höhe von 25% dagegen hätten Auswirkungen auf den deutschen Export.

Das besondere Problem sei der große Handelsbilanzüberschuss der EU gegenüber den USA, insbesondere von Deutschland. Schon Präsident Obama sah hierin „ein Risiko für die weltweite Finanzstabilität“. Aber auch gegenüber seinen EU-Handelspartnern weise Deutschland einen übermäßigen Überschuss auf, so dass es Frankreich zum Beispiel immer schwerer fallen würde, die Importe aus Deutschland zu finanzieren. Der Handelsbilanzüberschuss Deutschlands von rund 300 Mrd. Dollar überschreite mit 8 Prozent schon seit Jahren klar den von der EU definierten Grenzwert von 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, und er wird von der Kommission regelmäßig als stabilitätsgefährdend eingestuft. So stehe Deutschland auch innerhalb der EU stark in der Kritik. Jürgen Maier: „Die Gemeinschaftswährung Euro führt zu einer systematisch unterbewerteten Währung in Deutschland sowie zu einer systematisch überbewerteten Währung in Frankreich und Südeuropa“. Dies begünstige deutsche Exporte, ebenso verschaffe der ausgedehnte Niedriglohnsektor Deutschland große Wettbewerbsvorteile gegenüber seinen EU-Partnern. „Die jährliche Steigerung der Exportüberschüsse bleibt gleichwohl unbestrittene Staatsdoktrin der Bundesregierung“, so Maier.

Die USA versuchten nun mit hohem Nachdruck, verstärkt ihre Agrarprodukte, z.B. Chlorhähnchen oder Hormonfleisch oder genmanipuliertes Mais oder Soja nach Europa zu exportieren, und fordern nachdrücklich eine Anpassung der europäischen Verbraucherschutzregelungen an die amerikanischen Standards, also eine „Beseitigung der Handelshemmnisse“. Dies wäre bereits ein wichtiges Thema bei der Ablehnung von TTIP gewesen, zudem fürchte der französische Präsident Macron nach Protesten den Gelbwesten den zusätzlichen Streit mit seinen Landwirten. Deutschland dagegen möchte Zölle auf Autos, seinem wichtigsten Exportartikel, um jeden Preis verhindern. So habe die EU bislang keine einheitliche Verhandlungslinie im Umgang mit den USA beschließen können. Angesichts der Differenzen innerhalb der EU sowie zwischen der EU und den USA hielt der Referent die Neuauflage eines großen umfassenden Handelsvertrages für unwahrscheinlich.

Es sei anzunehmen, dass die deutsche Regierung kompromissbereit sei. Denn „für die Kfz-Industrie tut die Bundesregierung alles.“ Als Signal des Entgegenkommens deutete der Referent den Bau von Flüssiggasterminals an Nord- und Ostsee an, ohne Rücksicht auf deren extreme Umweltschädlichkeit. Eine Öffnung für die problematischen Agrarprodukte aus den USA werde hier aber zu ähnlichen heftigen Debatten und Widerständen wie beim TTIP führen, an denen dieses Abkommen vor 3 Jahren schließlich scheiterte.

Die zentrale These lautete: Die Fortsetzung der Exportoffensive Deutschlands um jeden Preis werde nicht funktionieren. Sie führe zwangsläufig zur Verschuldung anderer Länder und damit zu Gegenaktionen, wie zum Beispiel die der USA. Die Ungleichgewichte führten zu weltwirtschaftlichen Verwerfungen, die die eigenen Grundlagen des Exports letztendlich untergrüben. Daran werde auch die fieberhafte Suche nach neuen Absatzmärkten und neuen Freihandelsverträgen, rund 20 verhandele die EU derzeit, nichts ändern.

Notwendig seien eine neue Wirtschafts- und Außenhandelspolitik, die von der Exportabhängigkeit wegführt und die Handelsüberschüsse senkt. Damit könnten auch die negativen Seiten der Exportrekorde wie der große Niedriglohnsektor beseitigt werden.

Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen – für einen gerechten Handel

In der regen Diskussion wurde auf lokale Ansätze zur Veränderung hingewiesen, aber auch auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen sozial-ökologischen Veränderung mit der Chance, unterversorgte Bereiche wie Wohnen, Gesundheit etc. auszubauen und die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Frage nach Wegen der Durchsetzbarkeit konnte auf dem Abend nur unzureichend beantwortet werden; hier gibt es nach Auffassung der Veranstalter erheblichen Diskussionsbedarf.

Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen – für einen gerechten Handel

[www. Mindener-buendnis.de](http://www.Mindener-buendnis.de)

Klaus Albert Bolten
Haydnweg 16

32457 Porta Westfalica

Reiner Liebau
Hardenbergstraße 27

32423 Minden